

**Tobias ten Brink, Chinas Kapitalismus –
Entstehung, Verlauf, Paradoxien,
Campus: Frankfurt am Main / New York 2013.
372 Seiten, € 34,90**

Der Titel des Buches von Tobias ten Brink verspricht eine umfassende Analyse der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in China. Das Werk ist aus seiner Habilitationsschrift hervorgegangen, die vor allem auf umfangreichen Literaturstudien basiert. Das enge akademische Korsett und insbesondere die vielen Worthülsen und Substantivanhäufungen, die den Weg durchs Lektorat überlebt haben, erschweren die Lektüre. Zu den Pluspunkten gehören seine genaue Beschreibung der Reformprozesse und die erfreulich ideologiefreie Brille, mit der er die Kontinuitäten von maoistischem und postmaoistischem China erkennt. Die Bedeutung des Klassenkampfs für die Entwicklung des Kapitalismus nennt ten Brink zwar, eine genaue Untersuchung dieses Zusammenhangs bleibt jedoch aus. Enttäuschend sind seine politischen Vorschläge, die auf eine sozialdemokratische Regulierung der sozialen Kämpfe hinauslaufen.

Die Einleitung beginnt mit der Feststellung, dass das Wirtschaftswachstum Chinas seit Ende der 1970er Jahre alle anderen Perioden des Aufschwungs „in der Geschichte der Moderne in den Schatten“ stellt. Heute ist China nicht mehr nur die „Werkstatt der Welt“, sondern schickt sich an, „selbst die Rolle eines Innovationsmotors zu übernehmen“. Trotz weiterhin vorhandener sozialer Probleme stellt China „den weltweit erfolg- und folgenreichsten Fall einer nachholenden Entwicklung dar“ (S. 13). In der bisherigen Forschung sind zentrale Fragen zu dieser Transformation Chinas bisher jedoch nicht beantwortet worden: Wodurch ist das chinesische sozioökonomische System vorrangig gekennzeichnet? Was treibt seine Ent-

wicklung voran? Welche Widersprüche ergeben sich im Wachstumsprozess?

Diese Fragen will ten Brink mithilfe eines Forschungsrahmens klären, den er „erweiterte Kapitalismusanalyse“ (S. 15) nennt. Die grenzt er von anderen Argumentationsmustern ab, wie die Gegeneinandersetzung von Marktwirtschaft und einer kommunistischen Politik in China, die auf die falsche Schlussfolgerung hinausläuft, das dortige politische System sei „als inkompatibel mit den Anforderungen des Marktsystems“ zu betrachten. Er wendet sich ebenso gegen Erklärungsversuche über „differierende zivilisatorische Wurzeln“ beziehungsweise die „China-ist-China“-Perspektive, welche seiner Meinung nach irreführend und nicht geeignet ist, die Entwicklung des politisch-ökonomischen Systems in China abzubilden (ebd.).

Der Autor schlägt die Kombination verschiedener Analyseinstrumente vor, darunter die sozialwissenschaftliche Chinalforschung, die Vergleichende Politische Ökonomie, politikwissenschaftliche Analyseverfahren graduellen institutionellen Wandels, die Internationale Politische Ökonomie und die historische Soziologie. Mit Hilfe (einer kritischen Anwendung) dieser Ansätze will ten Brink die Wirklichkeit Chinas im Rahmen globaler kapitalistischer Triebkräfte und divergierender nationaler „outcomes“ auch theoretisch erfassen (S. 21).

Als solche, auch in China wirksamen kapitalistischen Triebkräfte benennt ten Brink im ersten Kapitel zum Forschungsrahmen unter anderem den maß- und endlosen Akkumulationszwang und die Profitorientierung, die Rolle von Konkurrenz, das Angewiesensein auf nichtökonomische Institutionen, die Spannung zwischen Marktentwicklung und sozialer Kohärenz sowie das Potenzial, nicht- und vorkapitalistische Strukturen aufzunehmen. Zudem muss Chinas Wandel mit der „globalkapitalistischen Entwicklung, ihrer ständigen krisenhaften und ungewissen Erneuerung, in Verbindung“ gesetzt werden (S. 51). Hier führt ten Brink unter Rückgriff auf Bob Jessop und andere den Begriffsrahmen des „international variegated

capitalist world system“ ein, mit dessen Hilfe er das Zusammenwirken über den Weltmarkt, global wirksame Handlungszwänge und den Anpassungsdruck ebenso erkennen will wie Unterschiede, die durch raumzeitliche Ungleichheiten der Entwicklung und andere Faktoren entstehen (S. 52).

Den „modernen Staat“ sieht ten Brink als wichtige Analyseeinheit, denn „[o]hne eine relativ autonome politische Instanz, die das Gewaltmonopol innehat, kann sich eine dauerhaft gelingende Kapitalakkumulation nur schwerlich etablieren“ (S. 55). Der Staat gewährleistet die Aufrechterhaltung kapitalistischer Vergesellschaftung durch die Befriedung sozialer Konflikte, die Rationalisierung sozialer Regeln und Normen und die Institutionalisierung sozialer Kontrolle. Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Klassenauseinandersetzungen spielen auch in China eine zentrale Rolle, entgegen der Einschätzung, dass der dortige Parteistaat alles im Griff habe.

Das zweite, historische Kapitel seines Buches beginnt ten Brink mit einer Einschätzung des Maoismus (1949–78). Es ist wichtiger, die „tatsächlichen Praktiken des Regimes“ zu analysieren, als „dessen ideologisches Selbstverständnis“ (S. 83). „Staatsarbeiter und Bauern“ schufen das benötigte Mehrprodukt, statt privater Arbeitskraft. Ein bürokratischer Verwaltungsmodus ersetzte „klassisch bürgerliche Verteilungsverhältnisse, Konsumweisen und Herrschaftsstile“ (ebd.). Das maoistische China wies „Merkmale auf, die an die ‚ursprüngliche Akkumulation‘ des Kapitals weit mehr erinnerten als an die Ideale einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft. Dazu gehörten die Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit, eine Subsumption unter das Staats-Kapital, ausgeprägte betriebliche und lebensweltliche Hierarchien, die Unterdrückung von Widerstand, genauso wie patriarchale Familienstrukturen, staatlicher Nationalismus sowie die Zensur von Wissenschaft und Kunst“ (S. 88).

Im Nachhinein stellte sich die maoistische Ära als Übergangsphase dar, die wichtige Voraussetzungen für die spätere Wachstumsdynamik schuf. So wurde zum Beispiel eine „moderne Sozialstruktur“ geschaffen, weil Landreformen und andere Maßnahmen

die quasi-feudalen Schichten Chinas beseitigten (S. 111). Letztendlich ist es in den 1970er Jahren zu einer gesellschaftlichen Krise und einem „Erschöpfen“ des Maoismus, seiner Institutionen und seines Selbstverständnisses gekommen (S. 112), in einer Mischung aus wirtschaftlicher Stagnation, Versorgungsengpässen und politischen wie sozialen Konflikten. Die Krise der politischen Führung reichte allerdings allein noch nicht aus, um Reformen zu provozieren. „Erst eine Zunahme des sozialen Widerstands erzeugte genügend Antriebskräfte, um das Machtgleichgewicht in der politischen Führung zugunsten der Reformer zu kippen“ – darunter die Demokratiebewegung 1978/79 und die Arbeiterproteste 1980 (S. 103).

Die „Entstehung des staatlich durchdrungenen Kapitalismus“ in China beschreibt ten Brink in zwei Abschnitten. Im ersten geht es um die beiden Phasen der Reformen. Aufgabe des Regimes war es, angesichts der schweren gesellschaftlichen Krise des Landes nach der Kulturrevolution „umzustrukturieren, ohne die soziale Stabilität zu gefährden“ (S. 81). Es war kein „kompletter Bruch mit der Vergangenheit“, sondern ein „gradueller, wenngleich im Ergebnis tief greifender Umstrukturierungsprozess“, ein Übergang von „einer Form der nationalen Modernisierung im klassischen Maoismus, die bereits kapitalistische Mechanismen imitierte“ – ten Brink nennt das „Proto-Kapitalismus“ – zu „einer neuartigen Form der kapitalistischen Modernisierung“ mit einem neuen, polyzentrischen „Mischungsverhältnis von Plan, Markt und anderen Koordinierungsformen“ (S. 28).

Zunächst wurden auf dem Land die Volkskommunen durch kleinbäuerliche, familiäre Produktion ersetzt. Viele Bauern fingen an, auch in nicht landwirtschaftlichen Sektoren zu arbeiten. Die Produktionskapazitäten der alten Volkskommunen gingen an TVE (*township and village enterprises*), die sich bis Mitte der 1990er Jahre rasant entwickelten und schnell zur Konkurrenz der SOE (*state owned enterprises*) wurden. Der „marktlich regulierte Bereich [wuchs] gleichsam aus dem Plan heraus“ (S. 120). In den Städten war es aufgrund von „komplexeren Abhängigkeiten“ schwieriger,

die urbanen Produktionssektoren zu vermarktlichen als vorher den geringfügig mechanisierten Agrarsektor (ebd.). Im Zuge der Reform der SOE erhielten deren Manager zunächst mehr Kompetenzen, und Planungsministerien und Unternehmen wurden zunehmend getrennt. Nach der darauf folgenden Ausweitung der Entscheidungsbefugnis der Betriebe über Teile des Gewinns wurde den Firmenleitungen später mit dem „Vertraglichen Verantwortlichkeitssystem“ ein eigenständiger Status gewährt.

Die erste Phase der Transformation kulminierte 1988–89 in einer weiteren schweren Krise. Die Wirtschaft schwächelte, die Inflation stieg und Millionen von TVE gingen in die Insolvenz. „Ihren Höhepunkt fand die Krise in der Tian'anmen-Bewegung 1989, die, weit mehr als eine Studentenbewegung, eine ernsthafte Gefahr für die soziale Integration besonders in den urbanen Zentren Chinas bedeutete“ (S. 124). Die gewaltsame Niederschlagung der Proteste zeigte, dass die KPCh entschlossen war, einen Zusammenbruch wie im Ostblock mit allen Mitteln zu verhindern. Anders als den Regimen in Osteuropa gelang ihr das, unter anderem weil sich große Teile der Machteliten relativ früh – bereits Ende der 1970er Jahre – auf die Notwendigkeit von Reformen hatten einigen können und sich die technokratische Klasse aus Maoist_innen, Bürokrat_innen und Intellektuellen in den 1980er Jahren erfolgreich neu zusammensetzte. Zwischen 1989 und 1991 kam es zu einem „konservativen Rollback“ (S. 125), aber Anfang der 1990er Jahre wurde der herrschenden Klasse schnell klar, dass sie die Reformen weiterführen musste, wollte sie nicht doch untergehen.

In der zweiten Phase der Reformen ab 1992 wurden die kleinen und mittleren SOE privatisiert, und Chinas Führung erhöhte nun auch die Investitionen, insbesondere in Form einer Modernisierung der Infrastruktur. Noch in den 1980er Jahren war das Wachstum weitgehend durch den Konsum angetrieben worden. „Die Investitionsexpansion hatte aber auch einen Preis: regelmäßige Überhitzungserscheinungen“ und spekulative Blasen (S. 130).

Auf Grundlage interpersonaler Allianzen (*guanxi* 关系) zwischen Vertretern staatlicher Institutionen und staatlicher und privater Unternehmen entstand ein privat-öffentliches Wachstumsregime oder unternehmerischer Staat (S. 131). Staatliche Einrichtungen und lokale Regierungsbeamte gründeten Unternehmen, restrukturierten andere und hatten zentralen Anteil an der wirtschaftlichen Dynamik. Die Form des staatlichen *entrepreneurs* entstand, weil den lokalen Regierungen im Standortwettbewerb eine zentrale Rolle zufiel und die (in-)formelle Privatisierung vielen staatlichen Entscheidungsträgern die Möglichkeit der privaten Bereicherung bot.

Um die wirtschaftliche Entwicklung abzusichern, wurde ein Finanzsystem entwickelt, das „insbesondere das investitionsgetriebene Wachstum der zweiten Reformphase“ erfolgreich stützen konnte (S. 163). Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre waren die Staatsbanken wegen notleidender Kredite fast bankrott und wurden gerettet, saniert und restrukturiert. 1993 / 94 zwangen Krisen und Spekulationswellen die Regierung zur Gründung von *policy banks*, die die vier größten Staatsbanken entlasten sollten. Die Asienkrise 1997 / 98 zog weitere Anpassungen nach sich, unter anderem die Gründung mehrerer Aufsichtsbehörden.

Die kapitalistische Modernisierung erforderte ebenso Veränderungen in Arbeitsbeziehungen und Sozialpolitik. In der ersten Phase der Reformen wurde der Arbeitsmarkt liberalisiert, und 1986 führte die Regierung ein Arbeitsvertragssystem ein. Im Laufe der 1980er Jahre wurde auch das auf Betriebseinheiten (*danwei* 单位) beruhende System staatlicher Sozialversorgung erodiert, und seitdem bemüht sich der Staat, die soziale Sicherung betriebsunabhängig zu organisieren. In der zweiten Phase der Reformen ab 1992 wurden die SOE umstrukturiert und bald darauf Millionen Beschäftigte entlassen. Gleichzeitig entstanden flexible Arbeitsmärkte mit über 200 Millionen Binnenmigrant_innen. Das bestehende Migrationsregime (*hukou* 户口) wurde dementsprechend reformiert und zur Kontrolle der Migrationsströme wie zur Segregation des Arbeitsmarktes eingesetzt.

In den Städten kam es schon ab den 1980er Jahren zu kollektiven Widerstandsaktionen gegen die Umstrukturierungsmaßnahmen. Dazu gehörten die soziale Mobilisierung gegen Arbeitsintensivierung, Arbeitslosigkeit und Inflation um die Tian'anmen-Proteste Ende der 1980er Jahre, die Welle von Auseinandersetzungen um die Umstrukturierung der SOE Mitte bis Ende der 1990er und der Zyklus der Kämpfe von Arbeitsmigrant_innen ab 2003. Ten Brink schreibt nur kurz über die Kämpfe und konzentriert sich sonst auf die Sozialpolitik des Staates, sieht er die Kämpfe doch nur als „Hintergrund für die Anstrengungen des Staates um die Schaffung sozialstaatlicher Einrichtung und arbeitsrechtlicher Standards“ (S. 165). Er erkennt zwar, dass der Sozialstaat Resultat sozialer Kämpfe ist und das „Interesse der politischen Klasse am sozialen Ausgleich und damit der dauerhaften Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse“ ausdrückt (S. 166), das motiviert ihn aber nicht, die Kämpfe selbst und die Möglichkeiten einer Veränderung jenseits des Kapitalismus genauer zu untersuchen.

Im zweiten Abschnitt zur „Entstehung des staatlich durchdrungenen Kapitalismus“ in China beschäftigt sich ten Brink ausführlich mit Chinas Integration in den globalen Kapitalismus. Diese beruhte auf einer „Reihe günstiger Konstellationen“ (S. 175). Der Richtungswchsel und die Reformen Ende der 1970er Jahre fielen mit „einer neuartigen weltwirtschaftlichen Situation zusammen“ (S. 104). Im Westen war der Keynesianismus in der Krise, im Osten die stalinistische Kommandowirtschaft, im Süden das Modell der „Importsubstitution“. Zu Chinas Vorbild wurden Japan und die „Tigerstaaten“ mit ihrer erfolgreichen exportorientierten Entwicklung.

Seit den 1980ern setzte auch die KPCh mit ihren Reformen auf einen „Exportismus“ und auf Sonderwirtschaftszonen; beides beeinflusste die Transformation der Binnenwirtschaft maßgeblich (S. 174). An der Ostküste entstanden wettbewerbsfähige Produktionsplattformen für in- und ausländische Unternehmen, die auch in Krisenzeiten – wie während der Asienkrise – ein exportgestütztes und von Auslandsinvestitionen getriebenes Wachstum ermöglichten.

ten. Zudem kam es zu einer weitgehenden ökonomischen Integration von Chinas Küstenregionen mit Hongkong, Taiwan (*china circle*) und weiteren ostasiatischen Regionen. Eine wichtige Rolle hatten und haben die exilchinesischen Unternehmer und ihre Handels- und Produktionsnetze in Ostasien.

Schließlich wurde China Anfang der 1980er Jahre Ziel der Verlagerungen der weltweiten Wertschöpfung. Voraussetzung dafür waren technologische und organisatorische Neuerungen und Verbesserungen, die mit den neuen Subunternehmerketten und der Kontraktfertigung einhergingen. In den 1990er Jahren profitierte China von der wirtschaftlichen Stagnation im Norden, bot es dem dort unter Überakkumulation und „Anlagenotstand“ leidenden Kapital doch Möglichkeiten der profitablen Entwicklung und zudem – mehr als andere Schwellenländer – politische Stabilität und eine funktionierende Infrastruktur. Die Asienkrise, das Platzen der *dot-com*-Blase (und der WTO-Beitritt Chinas) gaben diesem Prozess weitere Schübe. China und die USA entwickelten in diesen Jahren eine wirtschaftliche Abhängigkeit, mit einem hohen, schuldenfinanzierten Konsum und geringen Investitionen in den USA und – „gewissermaßen spiegelverkehrt“ – geringem Konsum und hohen Investitionen in China (S. 190).

Nach diesem Abriss zur Phase der kapitalistischen Modernisierung in China vom Ende der 1970er bis zur Mitte der 2000er Jahre analysiert ten Brink im dritten Kapitel die gegenwärtigen Entwicklungen des chinesischen Kapitalismus. Dafür wählt er ein verengtes und vereinfachtes Konzept dreier Akteure: Unternehmenssektor, Staat, Arbeiterschaft.

Auch wenn der privat geführte Unternehmenssektor in den 1980er und 1990er Jahren enorm an Bedeutung gewann, blieb der staatliche Sektor weiter stark und hielt in den 2000er Jahren seinen Anteil an der Industrieproduktion von einem Drittel in etwa. Die privat-öffentliche Organisation der chinesischen Wirtschaft hat sich verstetigt, und „Annahmen einer sukzessiven ‚liberalen‘ Transformation scheinen sich nicht zu bestätigen“ (S. 204). Der

Industriesektor ist seit 1980 um 15 Prozent pro Jahr gewachsen, und China vereint mittlerweile 20 Prozent der weltweiten Industrieproduktion (S. 216). Das BIP stieg von 1978 bis 2010 um jährlich 9,6 Prozent (S. 217). Es gibt allerdings erhebliche regionale Unterschiede, unter anderem zwischen Küstenprovinzen und Binnenland. Zu den Schattenseiten und Problemen dieser historisch beispiellosen Expansion gehören „Tendenzen zur Überinvestition beziehungsweise Überproduktion“ aufgrund fehlender Nachfrage (S. 220). Als Ursache macht ten Brink die Form der „globalen Einbettung“ Chinas in die Weltökonomie aus. Chinesische Unternehmen – ob staatlich oder privat – spielen in den transnationalen Produktionsverbünden weiter eine untergeordnete Rolle, oft als Kontraktfertiger. Zudem ist China weiter auf die Konsumentenmärkte des Nordens angewiesen. Der Exportanteil am BIP lag in den 2000ern durchschnittlich bei 30 Prozent (S. 222).

Damit sich das ändert, betreibt der chinesische Staat – im Gegensatz zu anderen Standorten von Kontraktfertigung – eine aktive „Industrie- und Technologiepolitik zur Entwicklung eigenständiger Technologien und Standards“ (S. 224). Es wird politischer Druck ausgeübt, um Techniktransfers durchzusetzen. „Die Integration in globale Produktionsverbünde vergrößert [...] die Möglichkeiten des industriellen Upgrading“. Viele westliche Forschungs- und Entwicklungsaufgaben werden in Richtung China gelenkt (*off-shoring*) (ebd.). „Ähnlich wie in früheren Entwicklungssphasen des Kapitalismus kann derart eine *aufholende* Wirtschaftsmacht von den Entwicklungsvorsprüngen der dominanten Ökonomien in der Entfaltung der Produktivkräfte profitieren“ (S. 225; Hervorhebung im Original). Der Staat unterstützt zudem sogenannte „nationale Champions“, chinesische Flaggschiffunternehmen, die Chinas Position auf dem Weltmarkt stärken sollen, lenkt chinesische Auslandsinvestitionen über „Richtlinienkataloge“ in bestimmte Länder und Sektoren und übt auch über Subventionen und die Kreditvergabe der staatlichen *policy banks* Einfluss aus (S. 228).

Der Abschwung ab 2008 führte zu einem Einbruch des chinesischen Außenhandels um fast 20 Prozent. Das Wirtschaftswachstum sank 2009 kurzzeitig auf 6 Prozent, die ausländischen Direktinvestitionen gingen zurück und besonders in den Küstenprovinzen wurden Millionen arbeitslos. Die Regierung legte ein gigantisches staatliches Konjunkturprogramm auf, sodass 2009 im Jahresmittel wieder 8,7 Prozent Wachstum erreicht wurden (S. 222 f.). Die Exportabhängigkeit hat sich seitdem jedoch verstetigt – und nicht abgeschwächt, wie von der Regierung geplant.

Die Regierung versucht nun weiter, den Binnenmarkt zu stärken (S. 233). Hier spielt auch eine Rolle, dass das Regime unter innenpolitischem Druck steht – durch die Zunahme von Arbeitskonflikten. Deswegen will es die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen ausbauen, den Mindestlohn um jährlich 13 Prozent anheben und den Durchschnittslohn um jährlich 15 Prozent steigern (ebd.). Die Wirklichkeit der letzten Jahre ist jedoch komplexer: Die Konsumquote ist seit den späten 1990ern von 50 Prozent auf 34 Prozent 2010 gesunken. Die Löhne hinken seit Langem der Produktivitätsentwicklung hinterher. Die durchschnittlichen Einkommen sind zwar gestiegen, die Lebenshaltungskosten jedoch ebenfalls. Chinas Gini-Koeffizient – ein statistisches Maß zur Darstellung von Einkommens- und Vermögensungleichheit – hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten fast verdoppelt. Ein Großteil der Bevölkerung lebt weiter unter bescheidenen Verhältnissen.

Diverse Kräfte behindern ein *rebalancing* mit sinkender Exportabhängigkeit und gesteigertem Binnenkonsum: ausländische und einheimische Unternehmen, die weiter niedrige Löhne zahlen wollen, Interessengruppen im Finanzsystem, welche die hohe Sparquote brauchen, um Investitionen zu finanzieren, lokale Regierungen, die ebenfalls vom Billiglohnmodell profitieren, die Zentralregierung selbst, die nur halbherzig vorgeht, steht sie doch vor dem „Zielkonflikt zwischen sozialem Ausgleich und der Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ (S. 238). Die KPCh will ver-

hindern, dass sich die Ansprüche der Arbeiter_innen „verselbständigen“ und ihre Position untergraben.

Der chinesische Staat hat sich in den letzten drei Jahrzehnten „von einem totalitären zu einem autoritär-konsultativen“ entwickelt. Die Elite hat dabei „eine außergewöhnliche Lern- und Adaptionsbereitschaft“ gezeigt (S. 240). Staatliche Institutionen zeigen Formen einer „Kommerzialisierung“ und „Ökonomisierung“, nehmen aber gleichzeitig weiterhin Ordnungsfunktionen wahr und versuchen über die Schaffung von „Arenen der Konfliktaustragung und Willensbildung“ politische Stabilität zu sichern (ebd.). Die Kader werden über besondere Anreizmechanismen – *cadre responsibility system, political contracting system, performance contracts* – motiviert und kontrolliert (S. 241 f.). Die KPCh bleibt eine – wenn nicht die – Machtzentrale in China, ist „gewissermaßen oberhalb des Staates anzusiedeln, als Instrument der Staats- und Wirtschaftsentwicklung“ (S. 259). Kontroll- und Entscheidungskompetenzen werden an untergeordnete staatliche Stellen, private Akteure oder NGOs vergeben, solange diese sich „nicht allzu weit verselbständigen“ (S. 260 f.).

Die politischen Herrschaftskonzepte haben sich im Laufe der Zeit verändert. Ten Brink spricht von „ideologischer Akrobatik“, mit der die politischen Leitbilder zur Herrschaftslegitimation modernisiert werden. Sozialismus wird von der KPCh „in erster Linie mit wirtschaftlicher Entwicklung und nationaler Modernisierung“ gleichgesetzt. Es entwickelte sich ein „populistischer Pragmatismus“ und eine „Verbindung von Vorstellungen des starken Staates, konfuzianischen und (kultur-)nationalistischen Auffassungen“, die das Partei-programm der kapitalistischen Modernisierung ideologisch rechtfertigen (S. 263). Alle Strömungen, die in und um die Partei eine Rolle spielen – Neokonservative, Liberale und Neue Linke – „eint eine grundsätzlich affirmative Haltung zum Gesellschaftssystem Chinas.“ Alle vertreten staatszentrierte Leitbilder und wollen die Partei-herrschaft aufrechterhalten – ob sie nun mehr Staatsinterventionismus fordern oder die Produktivkräfte weiter konsequent entwickeln

wollen, ob sie mehr auf nationalistische Diskurse setzen oder auf konfuzianische Harmonievorstellungen.

In ökonomischen Krisen ist der Parteistaat in der Lage, „von einem Normal- in einen Krisenmodus“ zu schalten (S. 253). Beispiele aus den Jahren 1995 bis 2009 sind die Privatisierungswelle ab Mitte der 1990er Jahre mit dem Rauswurf von Millionen Arbeiter_innen, in deren Folge die soziale Unzufriedenheit unter anderem durch (geringe) Kompensationszahlungen an die Arbeitslosen verschärft werden konnte, und die Asienkrise Ende der 1990er, die unter anderem aufgrund keynesianistischer Krisen- und Konjunkturprogramme in China keinen Einbruch provozierte. In den letzten Jahren treten jedoch „die (bereits zuvor latent wahrnehmbaren) Grenzen der politischen Steuerung stärker hervor“ (S. 269). Hohe Wachstumsraten und soziale Desintegrationstendenzen laufen „auf paradoxe Weise nebeneinander“ (ebd.).

Am Schluss des dritten Kapitels setzt sich ten Brink kurz mit der „Arbeiterschaft“ und dem Wandel der industriellen Arbeitsbeziehungen auseinander. Die Segmentierung und Segregation des Arbeitsmarktes und die Verbetrieblichung der Arbeitsbeziehungen waren für die wirtschaftliche Dynamik entscheidend. Zur Konfliktregulierung führte die Regierung „quasikorporatistische Konsultationsmechanismen“ ein und trieb die Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen voran. Diese Maßnahmen „greifen jedoch nicht, weil die Lohnabhängigen im System industrieller Beziehungen institutionell kaum repräsentiert sind“ (S. 281). Die Gewerkschaft ist weiter vom Staat und der KPCh abhängig. Die „Zahl der Massenereignisse“ – ein staatliches Codewort für soziale Proteste, das nicht die Gesamtheit sozialer Kämpfe, sondern nur eine Entwicklungstendenz abbilden kann – stieg von 10.000 im Jahr 1996 auf 87.000 im Jahr 2005 und 127.000 im Jahr 2008 (S. 282). Ten Brinks Meinung nach wird dem Regime so immer wieder verdeutlicht, dass die Stabilität des Systems „ohne Stärkung institutioneller Rechte und Konfliktlösungsmechanismen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene“ nicht zu haben ist. Schon die arbeits- und sozial-rechtli-

chen Neuerungen (Gesetze, Schlichtungen) der letzten Jahre waren eine direkte Antwort auf die Kämpfe (S. 283).

Die Frage der Repräsentation der „Arbeiterschaft“ im Rahmen des Staates und der kapitalistischen Ordnung scheint für ten Brink zentral zu sein. So schreibt er, dass den Beschäftigten „lediglich ein Platz als machtlose, ausführende Objekte zugewiesen“ werde. Ihnen fehle eine „unabhängige Interessenvertretung“ (S. 297). Er bemängelt, dass so bisher nur eine „unvollständige Form des Korporatismus“ (S. 290) entstanden ist. Zwar nimmt er die kollektive Gegenwehr wahr, die auch ohne (unabhängige) Gewerkschaften stattfindet, verengt seine Perspektive jedoch auf die Frage, ob ein funktionierender Korporatismus „von unten erzwungen“ werden wird oder nicht.

Ohne genaue Analyse der sozialen Kämpfe in China stellt ten Brink fest, dass diese Kämpfe bisher erfolgreich isoliert, in juristische Kanäle gelenkt, durch finanzielle Kompensation oder Vorgehen gegen korrupte Manager entschärft oder unterdrückt wurden. Die unterschiedlichen Produktionsregime und die dezentrale Machtstruktur des Parteistaates zogen zudem eine Dezentralisierung des Widerstands nach sich. „Ein ‚zellulärer Aktivismus‘ punktueller, voneinander isolierter Proteste entstand“ (S. 305).

Ten Brink will aber nicht missverstanden werden: „Trotz dieser Beschränkungen haben die ‚zellulären‘ Arbeiterproteste [...] einen großen Anteil daran gehabt, den Staat und die Arbeitgeber zu materiellen Zugeständnissen zu zwingen.“ Die Proteste hatten jedoch wohl kaum die Kraft, „qualitative soziale Verbesserungen“ durchzusetzen (S. 306 f.). Zwar konnten einige Beschäftigtengruppen Erfahrungen sammeln und ihre Kampffähigkeit und Produktionsmacht entwickeln, und in letzter Zeit haben sich Streikbewegungen vermehrt regional und sektorale ausgeweitet. Einige Arbeitergruppen stellten gar offensivere Forderungen und radikalierten sich (auch gegenüber Behörden), ihre Marktmacht stieg, auch wegen des Arbeitskräftemangels (S. 307 f.). Eine akute Bedrohung des politischen Status quo ergibt sich daraus jedoch nicht. Das kann sich ten Brinks Meinung nach allerdings ändern. „Zukünftig droht

die Hegemonie der herrschenden staatskapitalistischen Wachstumsallianzen im Falle von Zusätzungen sozialer Konflikte gleichwohl infrage gestellt zu werden. Dem Wirtschaftssystem fehlen gewissermaßen die Stoßdämpfer, die es zur Fortsetzung des Wachstumspfades heute mehr als früher nötig hätte“ (S. 310). Stoßdämpfer kann für ten Brink ein funktionierender Korporatismus schaffen. Ohne Stoßdämpfer befördert „die Fragilität des chinesischen Quasi-Korporatismus eher eruptive Sozialproteste“ (S. 309). Hier stellt sich ten Brink auf die Seite einer sozialdemokratischen Einbindung der Kämpfe im Sinne eines reformierten Kapitalismus, anstatt die sozialen Kämpfe und die Dysfunktionen des chinesischen Korporatismus auf Perspektiven jenseits des Kapitalismus zu untersuchen.

Dies wird im vierten Kapitel, ten Brinks Fazit, noch einmal deutlich. Zwar streicht er heraus, dass zur Untersuchung der chinesischen Spielart des Kapitalismus die Klassenauseinandersetzungen in den Fokus genommen werden müssten, die Ende der 1970er, 1989 und ab 2008 „die Richtung der Reformen maßgeblich beeinflusst haben“ (S. 332 f.). Warum er selbst jedoch diese Klassenauseinandersetzungen im Rahmen des Buches dann doch nicht genauer untersucht, bleibt sein Geheimnis.

Ausführlich bewertet er im Fazit noch einmal den institutionellen Wandel seit den 1970er Jahren und die „eigentümliche Symbiose“ von Vermarktlichung und Parteistaat (S. 335). Markt und Staat sind an sich keine Gegensätze, und der Staat tritt im Kapitalismus nicht nur als Ordnungsmacht auf, sondern in verschiedener Form auch als ökonomische Kraft. Ten Brink zeigt hier, dass er sich in seiner Analyse nicht von maoistischen oder neoliberalen Verblendungen irritieren lässt. Er weist zudem darauf hin, dass es durchaus denkbar ist, dass nicht China auf den Weg westlicher Demokratien einbiegt, sondern westliche Demokratien und andere Schwellenländer vielmehr Chinas staatlich-autoritären Kapitalismus „als effizientestes Wirtschaftssystem der Gegenwart“ übernehmen könnten (S. 338).

Insgesamt bietet ten Brinks Buch eine umfangreiche Darstellung der kapitalistischen Modernisierung Chinas seit den 1970er Jahren bis 2010. Spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der neuen Partei- und Staatsführung unter Xi Jinping (习近平) wurden in dem 2013 veröffentlichten Buch nicht aufgenommen. Trotz sporadischer Hinweise auf die Bedeutung der Klassenauseinandersetzungen und der Kämpfe „von unten“ behält ten Brink seinen Blick „von oben“. Mehr noch, der Leuchtkegel seines „politökonomischen Scheinwerfers“ (S. 311) erhellt Institutionen und Strukturen von Partei, Staat und Wirtschaft, lässt Prozesse des Widerstands und der Klassenzusammensetzung jedoch weitgehend im Dunkeln. Eine Darstellung des Kapitalismus ohne komplettes Bild der Klassenverhältnisse bleibt nicht nur unvollständig, sie erfasst auch nicht die dem Kapitalismus innewohnende Dynamik von Klassenwiderstand und kapitalistischer Umstrukturierung. Weitere entscheidende Dimensionen fehlen ganz, wie ten Brink selbst einräumt, unter anderem eine Analyse der Agrarfrage, der Geschlechterverhältnisse, der Herrschaftslegitimation und sozialer Aufstiegs motive. Die Rolle des Militärs und des inneren Repressionsapparates werden nur punktuell untersucht. Positiv ist, dass er in seiner beobachteten Analyse die ideologischen Positionen zum Gegensatz von Plan und Markt sowie zum Sozialismus der maoistischen Phase durchschaut und herausarbeitet, dass das chinesische Wirtschaftswunder erst durch einen günstigen historischen Moment von Krise, Kapitalmobilität, neuen Technologien und politischem Umbruch möglich wurde. Sowohl die chinesische Parteielite als auch das globale Kapital waren willens, auf den im Maoismus geschaffenen Fundamenten gemeinsam die neue Variante eines staatlich gelenkten Kapitalismus aufzubauen.

Ralf Ruckus

